

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zuerst einmal bleibt festzuhalten: DIE LINKE fordert die Rückkehr zur bisherigen Wohnraumförderung!

Die hier vorgelegte Resolution, die eigentlich als gemeinsamer Text auch unter Einbeziehung der LINKEN geplant war, weist erhebliche Schwächen auf.

Sie liest sich teilweise so, als hätte Herr Laumann den Text vorgegeben und die hiesige CDU hat ihn brav übernommen. Besonders auffällig wird dies im zweiten und dritten Absatz auf Seite 2.

Sozialer Wohnungsbau ist die Aufgabe der Stadt. Bezahlbarer Wohnraum in annehmbarer/guter Qualität muss vorgehalten werden. Da stimmen wir mit dem Resolutionstext überein. Es müssen Wohnungen im Bestand saniert, aber auch Neue gebaut werden.

Aber es ist nicht die vorrangige Pflicht der Stadt, die Eigentumsquote zu erhöhen. Bei den ganzen Bauprojekten passiert eh' nichts anderes als Eigenheimbau. Nebenbei bemerkt sollte bei einer Abgabe von städtischen Grundstücken dies nur noch in Erbpacht erfolgen, es darf keine weitere Privatisierung geben!

Einfamilienhäuser sind ökologisch gesehen der reine Wahnsinn, da sie viele Ressourcen und Flächen fressen. In Zeiten der Klimakatastrophe muss die Stadt auch hier umdenken.

Privatisierung führt zu Ghettoisierung und zum Entzug der staatlichen Einflussnahme. Ohne diese ist auch eine festgeschriebene Quote für den sozialen Wohnungsbau nicht durchzusetzen.

Nach der Studie der Europäische Dachorganisation für Wohn- und Obdachlosigkeit FEANTSA und der katholischen Stiftung des Abbe Pierre zur Wohnexklusion waren im Jahr 2016 in Deutschland geschätzt 860.000 Menschen obdach- oder wohnungslos. Dies entspricht einem Anstieg von 150 Prozent zwischen 2014 und 2016.

Was der vorliegenden Resolution fehlt, ist eine Quote für den sozialen Wohnungsbau bei den neuen Bebauungsplänen. Damit man eine solche Quote auch erzielen kann, brauchen wir eine Erhöhung der Wohnraumförderung.

In den letzten Jahren, wenn nicht schon Jahrzehnten, wurde die Förderung immer weiter zurückgefahren, mit der Folge, dass immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fielen, als das Neue hinzu kamen. Eine

weitere Absenkung der Förderung für Gelsenkirchen hat quasi einen Stopp des sozialen Wohnungsbaus zur Folge.

Dies muss verhindert werden!

Mit unserer Beteiligung an der Erstellung der Resolution hätte es sicher einen weniger anbiedernden Text gegeben. Kurzgebundene Sachlichkeit halten wir für angemessener als Lobeshymnen nach Düsseldorf zu senden. Aber da war eine trotzige CDU dagegen.

Wir werden dieser weichgespülten Resolution nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Martin Gatzemeier
(Fraktionsvorsitzender)

Gelsenkirchen, den 21. März 2018

Es gilt das gesprochene Wort.